

Hohes Verschuldungsniveau

Aufgeblähtes EU-Bankensystem

Michael Ferber
02.07.2014



Die hohe Verschuldung als «Achillesferse» der Finanzhäuser.
(Bild: Reuters)

Europas Banken stecken weiterhin im Umbruch. Das Aufräumen in den Bilanzen der Finanzinstitute geht weiter. Das Bankensystem gilt derweil als aufgebläht.

Der europäische Bankensektor kämpft auch fast sechs Jahre nach dem Höhepunkt der Finanzkrise mit deren Konsequenzen. Dies zeigen die jüngsten Warnungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), die in ihrem am Wochenende publizierten Jahresbericht die hohe Verschuldung der Banken als deren «Achillesferse» bezeichnet. Finanzhäuser, die die nötigen Anpassungen nach der Krise versäumt hätten, hätten weiterhin Schwachstellen in ihren Bilanzen – zum einen direkt durch übermässig verschuldete Kreditnehmer, zum anderen infolge des Schuldenüberhangs, der die wirtschaftliche Erholung bremse.

Drohende Bussen

Für besonders gravierend halten die BIZ-Ökonomen die Lage in Europa, auch wenn die Banken im vergangenen Jahr ihre Bemühungen verstärkt hätten. Gemäss einer Studie der Landesbank Baden-Württemberg dürften die Banken in der EU seit September 2013 hartes Eigenkapital in Höhe von 25 Mrd. € aufgenommen haben. Zudem gewinnt auch nachrangiges Kapital wie «Contingent Convertibles» (Coco) an Bedeutung. Um das Vertrauen der Finanzmärkte zurückzugewinnen, müssen die Banken in einer Reihe von krisengeschüttelten Ländern gemäss BIZ aber ihre Bilanzen weiter sanieren, indem sie Abschreibungen vornehmen und ihr Eigenkapital aufstocken.

Auch aus Sicht von Stefan Best, Bankanalytiker der Rating-Agentur Standard & Poor's (S&P), geht das Aufräumen weiter. Zudem drohen den Finanzhäusern weiterhin rechtliche Risiken und Bussen. Das jüngste – drastische – Beispiel ist hier die französische Bank BNP Paribas, die aufgrund der Verletzung von Sanktionen in den USA eine Busse von 8,97 Mrd. \$ zahlen muss. Auch ist weiterhin mit Druck auf die Erträge der Banken zu rechnen. Dieser könnte durch die holprige konjunkturelle Erholung und die niedrigen Kapitalmarktzinsen bedingt sein. Der S&P-Analytiker hält zudem die hohen Marktaustrittsschranken im Bankensektor für problematisch. Dadurch, dass Banken in der Krise gerettet worden seien, seien Überkapazitäten im Sektor nicht abgebaut worden.

Anfang Juni hatte sich auch der bei der Europäischen Zentralbank angesiedelte Europäische Rat für Systemrisiken (ESRB) in einer Studie zur Frage geäußert, ob es in Europa zu viele Banken gebe. Laut ESRB ist die Bankenbranche in Europa in den vergangenen 20 Jahren deutlich stärker als anderswo gewachsen. Die Assets des Bankensektors betragen laut ESRB in der EU im vergangenen Jahr 274% des Bruttoinlandprodukts (BIP), in einzelnen Ländern sogar mehr als 400%. In Japan lag dieser Wert hingegen bei 192% des BIP und in den USA bei 83%. Das europäische Bankensystem schaffe Ungleichgewichte wie übertriebene Investitionen in den Immobilienmarkt und ziehe Talente aus anderen Branchen ab. Zudem hätten aufgeblähte Bankensysteme auch die Tendenz, riskanter zu sein. Von ihnen gehe die Gefahr aus, Banken- und Schuldenkrisen zu schaffen und diese zu verschlimmern.

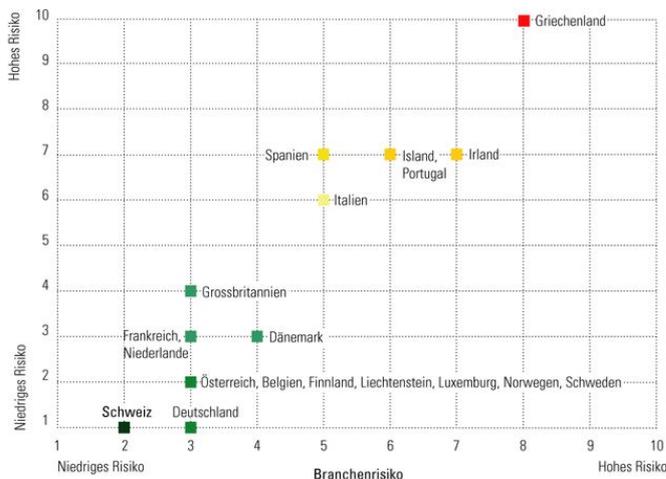
Bankensektoren in Westeuropa im Vergleich

(BICRA: Banking Industry Country Risk Assessment)

BICRA-Gruppen: niedrigstes bis höchstes Risiko

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Ökonomisches Risiko



QUELLE: STANDARD & POOR'S

NZZ-INFOGRAFIK/che.

Standard & Poor's geht kurzfristig bzw. in näherer Zukunft davon aus, dass Banken in Schieflage weiterhin staatliche Unterstützung erhalten. So läuft in Europa mit dem «Asset Quality Review» (AQR) der Europäischen Zentralbank eine Art «Gesundheits-Check» für die Finanzhäuser. Dessen Ziel sei es, Vertrauen zu schaffen, und eine Beteiligung der Aktionäre und Gläubiger an Bank-Verlusten würde diesem entgegenwirken, sagt Best. Die EZB ist ab 4. November dieses Jahres für die Aufsicht über die europäischen Grossbanken zuständig.

Beteiligung an Sanierungen

Dafür, dass Gläubiger der Banken im Krisenfall unterstützt werden, spricht laut Best auch die Tatsache, dass das «Bail-in-Instrument» in den neuen EU-Vorschriften zur Sanierung und Abwicklung von Banken (BRRD) ausgenommen wurde und erst am 1. Januar 2016 in Kraft

tritt. Mit den «Bail-in»-Vorschriften sollen in Zukunft Aktionäre und Gläubiger an der Sanierung von in Schieflage geratenen Banken beteiligt werden.

Die staatliche Stützung für Banken könnte in Zukunft allerdings weniger gut vorhersehbar werden. Dies widerspiegelt sich in Entscheidungen von S&P und Wettbewerber Moody's. Die Agenturen haben im April bzw. Mai dieses Jahres den Rating-Ausblick einiger europäischer Banken auf «negativ» geändert. Dem Schweizer Bankensystem gibt S&P sehr gute Noten.